



Kommunalwahl 7. Juni 2009

Leitfaden sozialdemokratischer Politik 2009 - 2014





Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Bildung	4
Berufliche Ausbildung	5
Lebensqualität	6
Erneuerbare Energien	7
Arbeit	9
Wirtschaftsförderung	11
Netzwerke	12
Bürgergesellschaft	14



Einführung

Die Rahmenbedingungen haben sich geändert.

Die SPD im Schwarzwald-Baar Kreis hatte am 06.05.2004 eine Wahlkampfplattform für die Kommunalwahlen in 2004 verabschiedet, die als Leitlinien der Kommunalpolitik im Kreis und den Kommunen bis zum Jahr 2009 dienten. Viele dort definierte Aufgaben sind umgesetzt worden, manche warten noch auf ihre Realisierung. Die heute noch relevanten Ziele werden fortgeschrieben.

Es haben sich aber in der Zwischenzeit gravierende Änderungen in den Rahmenbedingungen entwickelt, die eine Justage hin zu neuen Schwerpunktthemen in Bund, Land und Kommunen notwendig macht. Sie orientieren sich an den erkannten Defiziten und führen zu neuen Definitionen von politischen Aufgaben in den politischen Bereichen:

Bildung, von der Kinderkrippe bis zum Lebensende

demografischer Wandel, Aufgabe für alle Generationen

Drogen und Gewalt, Entwicklung von Schutz und Prävention

Schere Starke/Schwache, soziale Verantwortung kontra Neoliberalismus

Energieressourcen, 100% Einsatz von regenerativen Energien

Umweltbelastung, Klimaentlastung vom Mikro- bis zum Makroumfeld

Wirtschaft&Arbeit, gerechte Verteilung und Innovation für Arbeitsplätze

Kommunikation, gleiche Chancen für den ländlichen Raum

Mitgestaltung, bürgerschaftliches Engagement als neues Demokratieelement



Unsere Schwerpunkte

Bildung

Bildungsrepublik Deutschland, Kinderland Baden-Württemberg, kinderfreundliche Kommunen – solche Zustandsbeschreibungen sind leider von der Realität weit entfernt. Verbale Kosmetik wie z. B. die Umwidmung der Hauptschule in eine obligatorische Werkrealschule oder der Halbtags- in die Ganztageschulen hilft nicht weiter. Bildung ist ein Gut – und Güter kosten. Ohne wirklich Geld in die Hand zu nehmen, um Schulstrukturen und Personalbudgets zu verändern, wird sich an den ungerecht verteilten Chancen bei Bildung und Betreuung nichts ändern.

Die SPD fordert auf *Bundesebene* langfristig

- die Kindertagesstätten gebührenfrei benutzen zu können
- ein Recht auf Schulabschluss gesetzlich durchzusetzen
- und das Studium gebührenfrei absolvieren zu können

Die SPD fordert auf *Landesebene*

- 8 Jahre integrative Gesamtschule
- darin Grund-, Haupt- und Realschul-Angebot vor Ort

Für unsere Arbeit in den *Kommunalparlamenten* und im *Kreistag* in Zusammenarbeit mit unseren *Parlamentsvertretern* in Land und Bund bedeutet das:

- Massiver Ausbau von qualifizierten Betreuungsplätzen für Kleinkinder unter drei Jahren
- Schrittweise Einführung von gebührenfreien Kindertagesstätten, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr
- Intensive Ausweitung der professionellen Sprachförderung in Kindergärten insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund
- Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Kompetenzstätten für frühkindliche Förderung und zentrale Anlaufstelle für Beratung sowie Eltern- und Familienbildung
- Hausbesuchsprogramme im Sinne einer aufsuchenden Eltern- und Familienarbeit für benachteiligte und bildungsferne Familien in Abstimmung mit der Jugendhilfe
- Flächendeckendes Netz von echten Ganztageschulen, die mit genügend Lehrerdeputaten versorgt sind
- Gesundes Mittagessen in Kindertagesstätten, Schulen und insbesondere Ganztageschulen für höchstens einen Euro
- Öffnung, Durchlässigkeit und Kooperation zwischen allen Schularten einschließlich der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule unter der Voraussetzung neuer Bildungsstandards
- Sicherung der Schulwege und ein menschenwürdiger Schulbustransport zu angemessenen Tarifen
- Einrichtung eines Sozialfonds auf kommunaler und Kreisebene, um auch Kindern aus finanziell schwachen Familien die uneingeschränkte Teilnahme am Schulalltag (Lehr- und Lernveranstaltungen, Arbeitsmaterial, Nachhilfeunterricht) zu ermöglichen



Berufliche Ausbildung

Das Rückgrat unseres Berufsausbildungssystems ist die duale Berufsausbildung – theoretischer Unterricht in der Berufsschule, praktische Ausbildung im Betrieb.

Das duale Ausbildungssystem hat sich grundsätzlich bewährt.

Auch das baden-württembergische Angebot der Berufsakademie arbeitet nach diesem System.

In den letzten Jahren haben sich aber leider auch Schwächen gezeigt:

- Nur etwa 50% der Schulabgänger/innen haben 2008 einen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden. Das selbe Resultat war im letzten Jahr festzustellen.
- Die – meist – staatlichen Zusatzangebote sind häufig unzureichend und bieten keine Zukunftsperspektive für junge Menschen. Insbesondere Hauptschüler, zunehmend aber auch Realschüler, haben es schwer, eine Ausbildung zu bekommen, mit der sie nach der Ausbildung eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.
- Berufsschulen sind nicht immer so ausgestattet, dass ein qualifiziert guter Berufsschulunterricht gewährleistet werden kann. Es ist unbefriedigend, wenn Berufsschulen auf Spenden aus der Wirtschaft angewiesen sind.
- Die Maßnahmen neben oder ergänzend zur betrieblichen Ausbildung sind vielfältig und von den Betroffenen und ihren Eltern kaum zu überblicken.
- Die Kommunen sind nur zu einem kleinen Teil an der beruflichen Bildung beteiligt. Immerhin obliegt der Bau und die Ausstattung der Berufsschulen im wesentlichen dem Landkreis. Hier ist zunehmend festzustellen, dass die Ausstattung mit Unterrichtsmaterialien, modernen Informationsmedien und sonstigem Lern- und Lehrmaterial knapp bemessen ist.

Die SPD fordert auf *Kreis- und kommunaler Ebene*

- ausreichend moderne Angebote zur beruflichen Erstausbildung
- insbesondere in einer Region mit sehr vielen klein- und mittelständischen Unternehmen eine qualitativ hochwertig ausgestattete Berufsschule
- ein übersichtliches berufliches Bildungsangebot für Schulabgänger, deren Eltern und die Betriebe. Es sollte eine „Navigationsfunktion“ durch den Landkreis stets aktualisiert angeboten werden.

Das sind auch für Unternehmen, die einen neuen Standort suchen, wichtige Kriterien, um sich für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg zu interessieren.



Lebensqualität im ländlichen Raum

Wir stellen uns den aktuellen Defiziten:

Mobilfunkstandorte, Verkehrslast, Alkohol und Gewalt, ungenügende Infrastruktur für Behinderte, mehrfache Belastung junger Familien, öffentlicher Nahverkehr

Mobilfunkstandorte planen

Zu häufig werden Bürgerinnen und Bürger von der Planung und Aufstellung von Funkmasten für den Mobilfunk unvermittelt betroffen.

Wir fordern von den Planungsinstitutionen in der Region, im Landkreis und in den Kommunen eine Planung für mögliche Standorte, die den Bedürfnissen aller Betroffenen gerecht werden kann. Dabei sind alle bekannten Facetten sensibler Umfeldparameter, wie z.B. Eigentum und Gesundheit, zu berücksichtigen.

Verkehrslast reduzieren

Die Lebensqualität in den Wohnortgemeinden wird durch verkehrsberuhigende Maßnahmen in und zwischen den Wohnorten für die Anwohner spürbar erhöht.

In den Orts- und Kreisverwaltungen werden wir Konzepte für eine Verkehrsberuhigung auf den Verbindungsstraßen zwischen Gemeinden (80 km/h) und in den Ortskernen (30 km/h) einfordern und umsetzen helfen.

weniger Alkohol, keine Gewalt

Wir teilen die Sorge der Bewohner im Umfeld von Veranstaltungen, die mit Alkoholmissbrauch und Gewaltausübung einhergehen.

Wir wollen daher Vereinen, Betroffenen und Anwohnern helfen, die davon ausgehenden Gefahren und Belästigungen zu reduzieren. Dabei holen wir den Rat von Experten der Suchthilfe und der Polizei ein und vermitteln ihn an Betroffene und Veranstalter. Zu entwickelnde Leitsätze können von den kommunalen Verwaltungen in die Satzungen der Veranstaltungsstätte übernommen werden.

mehr Lebensqualität für Behinderte

Der demografische Wandel zeigt, dass vor allem der Anteil an älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen wächst.

Für die betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen wir eine größere Aufmerksamkeit und Berücksichtigung in der Planung von kommunalen Einrichtungen. Deswegen halten wir es für sinnvoll, die inzwischen bewährte Instituierung einer/eines Stadt- oder Kreisbeauftragten für Behinderte für alle Kommunen zu fordern. Eine Vernetzung von kommunalen Beauftragten kann einen Impuls zur Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Betroffenen auslösen.



familienfreundliche Kommune

Lange genug wurden die Bedürfnisse von jungen Familien in heute veränderten Lebensbedingungen auf die lange Bank geschoben. Die sichtbar gewordenen Auswirkungen des demografischen Wandels lassen Politik und Verwaltung bereits handeln. Im Kreis und in den Kommunen wollen wir jungen Familien das Leben erleichtern helfen.

Dabei wird die **Betreuung der Kinder** einen hohen Stellenwert annehmen. Die Weichen, die die Bundesregierung bereits gestellt hat, müssen auf Kreis- und kommunaler Ebene umgesetzt werden. Bis 2010 müssen alle Kinder ab 3 Jahren ganztags betreut werden können, bis 2013 auch die Kinder unter 3 Jahren. Sollten die Mittel von Bund und Land dafür nicht ausreichen, sind die kommunalen Ebenen aufgerufen, ihren Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben zu leisten.

Im Einzelnen sollen weitere Maßnahmen, wie **Einschulungspakete** für die Erstklässler, **Unterstützung für Klassenfahrten, Kinderferienprogramme**, jungen Familien helfen. Zu den jungen Familien zählen wir natürlich auch alle **Alleinerziehenden**.

Wir brauchen darüber hinaus einen gut funktionierenden **öffentlichen Personen-Nahverkehr**. Für weniger einkommensstarke Haushalte fordern wir sozialverträgliche Preise. Mobilität muss auch an Wochenenden und abends erhalten bleiben können.

Auf dem Weg zur 100% Region

Die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist ein realistisches, langfristiges und notwendiges Ziel.

Unternehmerische, kommunale und private Investitionen in regenerative Energien, wie Fotovoltaik, Solarthermie, Biogas, Holzpellets, Windenergie, Geothermie haben sich zum Mega-Trend entwickelt. Fotovoltaik Produzenten prognostizieren Wachstumsraten von 30%. Neu eingerichtete Energie-Agenturen beraten Verbraucher und Investoren.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:

„Nach Ergebnissen des Statistischen Landesamtes kam 2007 für die Erzeugung von Strom zu 49 Prozent die Kernenergie zum Einsatz, weitere 28 Prozent wurden aus Steinkohle und 6 Prozent aus Erdgas gewonnen. Die Erzeugung aus erneuerbaren Energien stieg um 12 Prozent auf 9 543 Mill. kWh und erreichte damit einen Anteil von 13 Prozent (2006: knapp 12 Prozent). Weiter rückläufig ist hingegen die Stromerzeugung aus Kernenergie. Diese ging 2007 um mehr als 4 Prozent, auf 35 354 Mill. kWh zurück.“

Die Hälfte (4 794 Mill. kWh) des 2007 in Baden-Württemberg aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms stammt aus den Laufwasserkraftwerken am Rhein, am Neckar, an der Donau und an einigen kleineren Flüssen. Die Stromerzeugung aus festen biogenen Stoffen (vorwiegend Holz) steht mit einem Anteil von 12 Prozent (entspricht 1 113 Mill. kWh) an der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an zweiter Position. Wesentlich geringere Strommengen, aber dafür hohe Zuwachsraten liefern die Energieträger Windkraft, Fotovoltaik und Biogas. So stieg die Stromerzeugung aus Windenergie um 48 Prozent auf 586 Mill. kWh. Aus Fotovoltaik wurden im Jahr 2007 rund 668 Mill. kWh erzeugt, ein Plus von 44 Prozent. Auch die Stromproduktion aus Biogas nahm gegenüber 2006 deutlich zu (+ 40 Prozent) und lag bei insgesamt 519 Mill. kWh.“



Hermann Scheer, MdB, SPD, Präsident von EUROSOLAR; Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien (World Council for Renewable Energy, WCRE); Vorsitzender des Internationalen Parlamentarier-Forums Erneuerbare Energien; Träger des Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) 1999, des Weltsolarpreises 1998, des Weltpreises für Bioenergie 2000 und des Weltpreises für Windenergie 2004 weist uns in seinen zahlreichen Büchern und Veröffentlichungen schon lange die Richtung:

„Energieautonomie ist nur mit erneuerbaren Energien realisierbar.“

Investitionen in regenerative Energieversorgung generieren neue Wirtschaftskreisläufe, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Kommunen, im Kreis und in der Region.

Die Technologien, das Bewusstsein der Menschen und die Zeit sind reif für einen Wandel - weg vom Verbrauch von Öl, Kohle, Kernenergie, hin zur Nutzung von Sonne, Wind und nachwachsenden Energierohstoffen.

Forderungen:

Dafür fordern wir im Kreis Schwarzwald-Baar und in der Region die Entwicklung eines Leitbildes, das alle Bemühungen zur Umsetzung des Strategiewandels unterstützen soll und den Kommunen den Weg für Realisierungen einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien öffnet und begleitet.

Wir wollen uns in den Kommunen des Kreises für Konzeptentwicklungen einsetzen, die eine Vollversorgung mit regenerativer Energie schrittweise und langfristig realisieren helfen. Wir fordern für jede Gemeinde eine individuelle Entwicklung für ein...

Konzept "Regenerative-Energie-Gemeinde"

Wir empfehlen in jedem Fall in das Konzept aufzunehmen:

Potenzialanalyse Regenerative Energiequellen, die aus folgenden Komponenten besteht:

- Potenzialanalyse kommunaler Einrichtungen und
- Potenzialanalyse alte und neue Baugebiete

Forderungskatalog

- Richtlinien für die Umsetzung
- Förderkonzept
- Investitionsplanung
- Veranstaltungsplanungen
- Veranstaltungen

Hier können alle Kreisgemeinden, die sich in der Vergangenheit intensiv mit Energiethemen befasst haben, als potenzielle Veranstaltungsorte angesprochen werden.

Tag der erneuerbaren Energien

Am **25.04.2009** wollen wir einen Impuls in unserem Kreisgebiet geben.





Der Landkreis, die Kommunen, ihre Energieversorger, die Haushalte und Anbieter werden aufgerufen, sich zu beteiligen.

Beispiele von einzelnen Aktivitäten können sein:

regionale Energie Messe, solares Basteln, Schulaktivitäten, andere Bildungseinrichtungen, Tag der offenen Tür für Energieanlagen,

Vorträge:

- Fördermittelüberblick
- Energiesparen
- neue Heiztechnologien
- Modellgemeinden

Für diesen Aktionstag werden wir Partner suchen.

Arbeit in der Region

Die Krise der neoliberal strukturierten Finanzmärkte stürzt die gesamte Wirtschaft in ein nie da gewesenes Risikoumfeld. Die daraus entstandene Rezession ist im Kreisgebiet Schwarzwald-Baar angekommen. Arbeitsplätze sind gefährdet und werden abgebaut. Zeitarbeitsfirmen geben ihre Personalressourcen an die Agentur für Arbeit zurück.

- Die SPD unterstützt betriebliche Lösungen wie Kurzarbeit oder die Anwendung tariflicher Schutzregeln zur Beschäftigungssicherung.
- Beschäftigungsgesellschaften sind bei Unternehmenskrisen ein Mittel, um den Übergang in neue Beschäftigung zu erleichtern.
- Die SPD fordert die Unternehmen auf, die Zeit der Unterbeschäftigung sinnvoll zu nutzen, z.B. für Qualifizierungsmaßnahmen.
- Aus der Krise werden jene Marktteilnehmer gestärkt hervorgehen, die in der Krise Innovationsstrategien entwickeln. Innovation ist die Grundlage für neue Arbeit. Dafür müssen Arbeitnehmer weiter qualifiziert werden.
- Industrielles Rückgrat der Region ist die Automobilindustrie. In der Weiterentwicklung vom regionalen Komponentenlieferanten zum Systemlieferanten liegen Potenziale für Gegenwart und Zukunft.
- Das Know-how-Potenzial der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ermöglicht noch viele Clusterentwicklungen. Sie müssen mit geeigneten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen initiiert werden. Kräfte bündeln sichert die ökonomische Stabilität der Region.

Entlassungen sind die schlechteste aller denkbaren Antworten in der aktuellen Situation und nutzen weder den Unternehmen noch den Arbeitnehmern.



Gute Arbeit

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von Bund und Land leiteten eine fatale Entwicklung ein. Die Löhne sanken, Tariflohnsteigerungen hinkten hinter der Produktivitätsentwicklung her. Leiharbeit, befristete Arbeit und Ein- Euro-Jobs gefährden das Normalarbeitsverhältnis. Mit den nun eingeführten Mindestlöhnen ist eine Korrektur dieser Fehlentwicklung eingeleitet.

Die SPD will „Gute Arbeit“.

Innovationen entstehen dann, wenn die Sicherheit des Arbeitsverhältnisses gewährleistet ist und Arbeitsumgebungen bestehen, die diese zulassen.

Gute Arbeit will Arbeitsplätze, die die Gesundheit schützen, die familiären Anforderungen mit beruflichen Chancen verknüpfen und die berufsbegleitende Qualifizierung ermöglichen.

Dazu will die SPD auf Kreisebene Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“ verbessern.

Wir fordern

- **eine engere Verzahnung innovationsfördernder Institutionen (IMIT, Steinbeis, Wirtschaftsförderungen) mit allen betrieblichen Akteuren in den Betrieben (z.B. Geschäftsführungen, Betriebsräte, Personalräte).**
- **ein Qualifizierungsnetzwerk, das Betrieben ermöglicht, unmittelbar notwendige betriebliche Weiterbildungsmodul abzurufen.**
- **eine Förderstruktur, die betriebliche Bildungsangebote für zukünftige Qualifikationsanforderungen vorwegnimmt.**
- **den Ausbau der Ausbildungsquote, insbesondere in der Industrie, als langfristige Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.**



Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung soll Wirtschaft und Arbeit aufbauen.

Die Unternehmen vor Ort, die Wirtschaftsförderer der Kommunen, der Kreisverwaltung, der Region, die Kammern von Industrie und Handwerk, die Hochschulen und viele Beratungsunternehmen – sie alle fördern die Wirtschaft, jeder für sich, jeder für seine Ziele. Wie viel effektiver könnte sich eine Wirtschaftsförderung für diesen Wirtschaftsraum darstellen, wenn die einzelnen Teile eine Gesamtstrategie nach einem Gesamtkonzept verfolgen könnten? Das war die Forderung der SPD seit 2004 und bleibt es.

Die Kreisverwaltung hat mit Hilfe einer externen Expertise die Stärken und Schwächen unseres Wirtschaftsraumes analysiert. Das ist ein wertvoller Ausgangspunkt, der in eine Gesamtstrategie münden muss. Nur neue Ansätze können auch neue Arbeit in den Raum bringen.

Die SPD vor Ort fordert schon seit Jahren die Einrichtung einer Beratungsstelle für die Nutzung von Fördermitteln aus den vielfältigen EU-Programmen. Zielführende Veranstaltungen haben diese Forderung begleitet. Die Zeit ist reif für eine Umsetzung.

Wir fordern

- **eine Bündelung der einzelnen Wirtschaftsförderungsressourcen**
- **eine Gesamtkonzeption für den Wirtschaftsraum Schwarzwald-Baar (-Heuberg) für gemeinsame wirtschaftspolitische Zielsetzungen**
 - **Darin liegt das Potenzial, Cluster, wie KFZ Zulieferung, Mikrosystemtechnik, Medizintechnik, Haustechnik, regenerative Energien, zu entwickeln.**
- **eine professionelle Begleitung bei der Umsetzung der Gesamtkonzeption**
- **eine Beratungsstelle der EU- Förderprogramme für Kommunen**
- **eine besondere Unterstützung des Ausbildungsmarktes durch Motivation der Teilnehmer**

Effizientere Politik durch Netzwerke

Netzwerke binden gemeinsame Interessen zusammen, kanalisieren den Informationsaustausch und helfen politische Ziele schneller umzusetzen.

Die SPD im Kreis Schwarzwald-Baar hat aus diesen Gründen in den letzten Jahren neue Ideen für neue Netzwerke in der Region entwickelt und für eine Umsetzung durchgesetzt.



Neue Netzwerke in Kreis und Region

Gesundheitsnetzwerk

Ein Gesundheitsnetzwerk wurde als Projekt der regionalen Wirtschaftsförderung eingerichtet und wird professionell bearbeitet. Es wird alle im Gesundheitswesen aktive Einrichtungen, von den Kur- und Bädergemeinden bis zum Kreisklinikum, von den Unternehmen und Arbeitsplätzen für Medizintechnik bis zu den Selbsthilfegruppen schrittweise in das Netzwerk aufnehmen. Damit wird langfristig eine der Kernkompetenzen dieser Region besser nach außen und innen sichtbar gemacht. Dafür entwickelte Vermarktungsstrategien werden die bestehenden Arbeitsplätze vermehren, ihre Qualifikationsniveaus anheben und neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Für neue gut ausgebildete Arbeitskräfte wird die Region attraktiver werden. Aber auch für weniger Qualifizierte wird es neue Arbeitsplätze geben können. Eine starke „Gesundheitsregion“ kann entstehen und nationale und internationale Ausstrahlung erlangen, für Verbraucher und Beteiligte. Der Landkreis Schwarzwald-Baar unterstützt das Projekt mit einem Mitarbeiter und einem eigens dafür eingerichteten Budget. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen des Projektes arbeiten ehrenamtlich.

Innovationsnetzwerk

Innovation steht für Wachstum und Beschäftigung. Als Projekt der regionalen Wirtschaftsförderung ist ein Innovationsnetzwerk gegründet worden. Das Ziel ist die Förderung von Innovation und Kreativität in der Gewinnerregion. Dabei werden die Chancen der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg genutzt. Die Chancen liegen in der Kreativität und Erfahrung der spezifischen Marktteilnehmer der KFZ Zulieferindustrie, Mikrosystemtechnik, Haustechnik, regenerativen Energie, Elektromotoren.

Innovation ist keine Domäne der Industrie. Sie gestaltet **alle** gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Deswegen wirkt das Netzwerk auch in die Bereiche von Bildung, Dienstleistung und Politik hinein und verbindet wichtige Kompetenzen fachübergreifend miteinander. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe aus den Kreisen Rottweil, Tuttlingen und Scharzwald-Baar arbeiten ehrenamtlich.

Netzwerk Wirtschaft und Arbeit

Die ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder des Netzwerkes kommen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Sie nehmen Fehlentwicklungen aus der Umsetzung neuer Gesetzgebung und Regelung zur Diskussion und Bearbeitung auf, die sich vor Ort in den Unternehmen und an den Arbeitsplätzen und auf den einzelnen Arbeitnehmer negativ auswirken. Die Netzwerkverbindungen reichen bis in die Entscheidungsebenen politischer Gestaltung und sorgen für Korrekturen oder Initiativen in der Gesetzgebung.

Themen, die so bearbeitet werden, sind z.B. „Leiharbeit“, „Ausbildung“, „Mindestlöhne“, „Hartz IV“, „Finanzkrise“ u.v.m. In diesem Kontext werden Veranstaltungen mit qualifizierten Referenten organisiert und durchgeführt. Ein persönlicher Kontakt zu Institutionen und Unternehmen vor Ort verstärkt den praktischen Bezug zur Wirkung von aktuellen Regelungen.



Datennetze im Ländlichen Raum

Schnelles Internet ist heute für jede Gemeinde genauso wichtig wie ein gutes Straßennetz. Dies gilt besonders für den Ländlichen Raum, da das Internet hilft, weite Entfernungen zu überwinden. Davon profitiert nicht nur das örtliche Gewerbe, sondern auch jeder private Haushalt. Mit dem Internet wird Energie für Transportwege gespart und die Kommunikation effizienter, schneller und kostengünstiger gemacht.

Die Breitbandversorgung im Ländlichen Raum weist oft noch große Lücken auf.

Die SPD tritt daher für eine konsequente Planung und Vorbereitung für den flächen-deckenden Ausbau von schnellen Datennetzen in den Gemeinden ein. Gemeinde-übergreifende kommunale Interessenverbände können für eine Beschleunigung der Entwicklung und für eine bessere Grundlage von finanzieller Förderung sorgen.



Demokratie leben in der Bürgergesellschaft

Der Bedarf, die Entwicklung seines eigenen Umfeldes nicht allein den Politikern zu überlassen und mitzugestalten, wächst. In der Kommunalpolitik sind Mandatsträger, Vereine, Bürgerschaftliches Engagement, Kirchengemeinden und der einzelne Bürger, die einzelne Bürgerin in einem Boot. Hier ist eine direkte Beeinflussung der Strukturen am ehesten möglich und effektiv. Die Bürger werden zu Beteiligten.

Sozialdemokraten wollen diese Entwicklung intensivieren und den Bürgern mehr Gestaltungsspielraum für ihr Lebensumfeld geben.

Kommunale Werkstätten

Kommunale Werkstätten eignen sich besonders, die Bürger auf Zeit für Planungs- und Entwicklungsprojekte einzubeziehen. Wer mit plant und entwickelt, der kann nach der Planung um so besser mithelfen den Plan umzusetzen. Wer mitmacht, wird interessierter Bürger – die besten Verbündeten kommunaler Mandatsträger und der Verwaltung.

Die positiven Erfahrungen in der Arbeit lokaler Agenda-Gruppen muss fortgesetzt und weiter entwickelt werden.

Kommunale Werkstätten, die auch Aufgabenstellungen aus den kommunalen Parlamenten erhalten können, sind wichtige Informations- und Ergebnislieferanten.

Deswegen tritt die SPD für die Öffnung der kommunalen Parlamente für die Bürger ein, ohne die Verantwortung der Mandatsträger zu unterminieren. Das bedeutet mehr öffentliche Sitzungen der Gemeinderäte, Bürger arbeiten mit in Arbeitskreisen, offene Fraktionssitzungen, kommunaler Informationszugang für die Bürger, Bürgerhaushalt zum besseren Verständnis der Bürger, Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements, Förderung von Bürgerstiftungen.

Bürgerschaftliches Engagement

Mit dem Begriff des „Bürgerschaftlichen Engagements“ (BE) wird ein freiwilliges, gemeinwohlorientiertes und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtetes Engagement verstanden, das öffentlich bzw. im öffentlichen Raum stattfindet und in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt wird.

Eine aktuelle Studie aus Bayern kommt zu dem Ergebnis, dass jeder EURO, der von der öffentlichen Hand in BE investiert wird, in etwa 7 EURO wieder zurückfließen lässt. Das erklärt schon alleine den aktuellen Trend zur Entwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland und Europa.

Aber BE ist noch etwas anderes als eine gute monetäre Investition. BE ist ein Element unserer demokratischen Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger können, dürfen und sollen mitgestalten, die Bürgergesellschaft mitgestalten und weiter entwickeln. In all seiner Vielfalt und Dynamik ist BE auch ein Marktplatz für Innovationen. Neue Angebote, neue Ideen dürfen ausprobiert werden. Sollte sich kein Erfolg einstellen, kann man einen Versuch ohne Verlust wieder einstellen und etwas Neues beginnen.



Die SPD fordert für eine konsequente Förderung von BE auf Kreis- und Gemeinde-Ebene die Institutionalisierung als demokratisch kommunales Element. Sie fordert

- **die Entwicklung eines Leitbildes für BE**
- **ein Konzept für die Förderung**
- **ein Budget als Element des Haushaltsplanes**
- **eine/n BE Beauftragte/n im Kreis und in den Gemeinden**

20. Februar 2009